



Nr. 11

21. März 2025

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Inhalt

Einkommensrunde für Beschäftigte von Bund und Kommunen

[Geyer: „So viel Verweigerung war nie“](#)

dbb Bildungsgewerkschaften

[Jahresgespräch mit der Bildungsministerkonferenz](#)

dbb frauen

[Gleichstellungsindex 2024: Echter Fortschritt statt](#)

[Trippelschritte](#)

dbb jugend

[Reform der Schuldenbremse: Ja zu Investitionen, Nein zum](#)

[Gießkannenprinzip](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Thüringen

[tbb Gewerkschaftstag: Landesvorsitzender Frank Schönborn](#)

[wiedergewählt](#)

Bayern

[Expertenanhörung zur „Öffentlicher Dienst -](#)

[Nachwuchsinitiative Bayern 2040“](#)

Sachsen-Anhalt

[Einstellungsstopp bei der Landesverwaltung schadet dem Land](#)

Schleswig-Holstein

[Mutterschutz und Elternzeit: Neuregelungen greifen auch im](#)

[Beamtenrecht](#)

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

[Koalitionsverhandlungen: Zeitenwende in der Inneren](#)

[Sicherheit gefordert](#)

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

[Koalitionsverhandlungen: Investitionen und Innovation erwartet](#)

Deutscher Philologenverband (DPHV)

[KI-Strategie für Schulen gefordert](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuelle

Informationsdienst des dbb

Einkommensrunde für Beschäftigte von Bund und Kommunen Geyer: „So viel Verweigerung war nie“

„So viel Verweigerung war nie“, kritisierte dbb-Verhandlungsführer Volker Geyer nach dem erfolglosen Ende der dritten Verhandlungsrunde am 17. März 2025 in Potsdam.

„Bund und Kommunen haben mit viel Verzögerung und destruktiver Energie einen Kompromiss verhindert. Mit dieser Taktik verärgern und demotivieren die Arbeitgebenden ihre Beschäftigten. Außerdem schwächen sie die Wettbewerbsfähigkeit des öffentlichen Dienstes auf dem Arbeitsmarkt“, so der dbb Vize. „Es ist völlig richtig, dass wir unsere marode Infrastruktur sanieren müssen. Aber klar ist doch auch: Die Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst sind unverzichtbarer Teil dieser Infrastruktur. Brücken, Straßen, Kitas, Schwimmbäder, Bibliotheken oder Krankenhäuser: Nichts funktioniert ohne ausreichend Personal. Ohne faire Bezahlung und attraktive Arbeitsbedingungen wird das aber nicht zu gewinnen und zu halten sein.“

An der von Bund und Kommunen angerufenen Schlichtung wird der dbb beamtenbund und tarifunion sich konstruktiv beteiligen. Allerdings stünden die beiden Schlichter in den nächsten Wochen dabei vor einer extrem schwierigen Aufgabe, so Geyer: „Die Vielzahl der aufgetretenen Konflikte zu einen, ist an sich schon eine riesige Herausforderung. Erstmals müsste aber wohl zwischen den divergierenden Interessen und Positionen innerhalb der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände geschlichtet werden. Erst danach hätte dann auch eine Schlichtung zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebenden eine reale Chance.“

Alle Infos zur Einkommensrunde gibt es unter www.dbb.de/einkommensrunde.

dbb Bildungsgewerkschaften Jahresgespräch mit der Bildungsministerkonferenz

Der Bildungserfolg hängt weiterhin stark von der sozialen Herkunft ab. Ein qualitativ hochwertiges Bildungsangebot birgt jedoch immense Potenziale für die Chancengerechtigkeit.

Die dbb Bildungsgewerkschaften haben am 20. März 2025 mit der Bildungsministerkonferenz (BMK) diskutiert. Simone Fleischmann, stellvertretende Bundesvorsitzende des dbb und des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), forderte Förderungen mit Augenmaß: „Es ist zwingend erforderlich, die Anstrengungen institutionenübergreifend auszuweiten. Dabei müssen bestehende Strukturen gezielt genutzt werden. Um die Wirksamkeit der Maßnahmen sicherzustellen, dürfen verschiedene Fördermaßnahmen nicht gegeneinander ausgespielt werden.“ Das Startchancen-Programm, das Schulen mit einem hohen Anteil sozial benachteiligter Schülerinnen und Schüler unterstützen und für mehr Bildungsgerechtigkeit sorgen soll, sei zwar ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. „Aber der Blick in unsere Schulen und auch Kitas zeigt, dass der tatsächliche Bedarf um ein Vielfaches höher ist.“

Ausreichend Personal ist der Schlüssel für Bildungsgerechtigkeit

Susanne Lin-Klitzing, Vorsitzende des Deutschen Philologenverbands (DPPhV) und Vorsitzende der dbb Fachkommission Schule, Bildung und Wissenschaft, legte den Fokus auf die kommunale Schulfinanzierung und den Digitalpakt: „Der im Grundgesetz verankerte Anspruch auf gleichwertige Lebensverhältnisse muss die Handlungsgrundlage bildungspolitischer Vorhaben darstellen. Der DigitalPakt 2.0 sieht in seiner aktuellen Ausgestaltung die häufige Finanzierung der Vorhaben durch die Länder vor.“ Diese Finanzierung stelle allerdings eine erhebliche Hürde für finanzschwache Länder und Kommunen dar. Bestehende Unterschiede bei der Digitalisierung an Schulen und damit Chancengerechtigkeiten würden dadurch nur verfestigt werden. Lin-Klitzing weiter: „Bildungsgerechtigkeit erfordert entschiedene Maßnahmen gegen den Lehrkräftemangel. Nur mit ausreichendem und qualifiziertem Personal können die Schülerinnen und Schüler bestmöglich gefördert und herkunftsbedingte Unterschiede überwunden werden.“

Fleischmann begrüßte grundsätzlich die wachsende Aufmerksamkeit für die frühkindliche Bildung, Erziehung und Betreuung. Davon zeugen die im Kontext des Übergangs von der Kita zur Schule diskutierten Sprachstandserhebungen. „Damit Tests nicht zum Selbstzweck werden oder den Schuleintritt unnötig verzögern, sind ausreichend Fachkräfte zwingend

erforderlich, die sowohl die Erhebungen als auch die anschließende gezielte Förderung der Kinder sicherstellen. Allen Beteiligten muss bewusst sein, dass die Kolleginnen und Kollegen an Kitas und Schulen der Schlüssel für ein gerechtes Bildungssystem sind.“

dbb frauen

Gleichstellungsindex 2024: Echter Fortschritt statt Trippelschritte

2024 betrug der Frauenanteil an Führungspositionen in den obersten Bundesbehörden 44,3 Prozent. Das ist eine leichte Steigerung, aber noch keine gleichberechtigte Teilhabe.

Das Ungleichgewicht in den Führungspositionen bleibt bestehen. Trotz höherem Frauenanteil an Gesamtbeschäftigung (55,2 Prozent) und Aufstiegen (58 Prozent) sind Frauen weiterhin in Führungsrollen unterrepräsentiert. Milanie Kreutz, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung und dbb Vize, kritisierte am 18. März 2025 diese Diskrepanz: „Warum sind bei diesen Mehrheitsverhältnissen nur 44,3 Prozent der Führungspositionen in Frauenhand? Dieses Ungleichgewicht ist nicht natürlich – es ist gemacht. Und genau deshalb lassen wir uns nicht mit Fortschritt in Trippelschritten abspesen. 50 Prozent ist das erklärte Ziel des Führungspositionengesetzes und wir fordern klare Maßnahmen, um es endlich zu erreichen.“

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) hat mit 67 Prozent den größten Anteil an Frauen in Führungspositionen, während das Bundesministerium der Verteidigung (37 Prozent) und der Bundesrechnungshof (36 Prozent) das Schlusslicht bilden. „Es ist bezeichnend, dass Frauen vor allem im Familienministerium Führungspositionen innehaben, während in anderen Ressorts noch erheblicher Nachholbedarf

besteht. Wir dürfen Frauen nicht auf bestimmte Bereiche reduzieren, sondern müssen ihre Kompetenzen in allen Ministerien anerkennen und fördern“, forderte Kreutz.

Ein Grund für die Ungleichheit ist die Teilzeitarbeit: Frauen stellen 79 Prozent der Teilzeitbeschäftigten, was ihre Chancen auf Führungsrollen einschränkt. In Führungspositionen sind 19 Prozent der Frauen in Teilzeit, aber nur 6 Prozent der Männer. Kreutz weiter: „Teilzeit darf keine Karrierebremse sein! Dass Teilzeitbeschäftigte zum Großteil Frauen sind, zeigt, dass hier noch immer ein strukturelles Ungleichgewicht herrscht. Der Leitfaden, der aus unserem gemeinsamen Modellprojekt ‚Führen in Teilzeit‘ mit dem BMFSFJ entstanden ist, beweist: Es gibt Lösungen – jetzt müssen sie auch genutzt werden!“

Fazit: Der Anstieg des Frauenanteils in Führungspositionen ist positiv, aber das Tempo reicht nicht aus. Die dbb bundesfrauenvertretung fordert daher gezielte Maßnahmen, um die gleichberechtigte Teilhabe bis 2025 zu erreichen – insbesondere bessere Vereinbarkeit von Familie und Karriere sowie eine aktive Förderung von Frauen in Führungspositionen.

dbb jugend

Reform der Schuldenbremse: Ja zu Investitionen, Nein zum Gießkannenprinzip

Der Bundestag hat das größte Finanzpaket seiner Geschichte beschlossen. Worauf es jetzt aus Sicht der dbb jugend ankommt.

„Tatsache ist, dass Investitionen ein Muss sind, um die Probleme in unserem Land zu lösen“, sagte Matthäus Fandrejewski, Vorsitzender der dbb jugend, am 19. März 2025 in Berlin mit Blick auf das vom Bundestag beschlossene

Finanzpaket. „Aber Tatsache ist auch, dass wir das Geld klug investieren müssen. Die Politik darf es nicht nach dem Gießkannenprinzip verteilen und einfach im Boden versickern lassen.“

Sichtbare und messbare Erfolge sind ein Muss im Sinne der Allgemeinheit.“

Es sei klar, dass die Erwachsenen von morgen die Schulden irgendwann zurückzahlen müssen, unterstrich Fandrejewski. Deshalb sei es wichtig, vor allem dort zu investieren, wo es den Interessen der jungen Menschen dient. Die jüngste Shell-Jugendstudie habe gezeigt, dass vor allem Sorgen wegen möglicher Kriege und des Klimawandels bestehen. „Deshalb müssen die Gelder aus dem Finanzpaket in die Verteidigung und in Maßnahmen zur Klimaneutralität fließen.“

Nicht zuletzt verweist der Vorsitzende der dbb Jugend auf fehlende Investitionen in die Infra-

struktur: Kaputte Schienen und Straßen, marode Schulen, langsames Internet – nicht bloß die Bürger*innen würden jeden Tag erleben, woran es hapert. Auch die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, die zu allem Überfluss auch noch mit überbordender Bürokratie belastet sind.

Fandrejewski schlussfolgert: „Bei der Bürokratie muss gelten: So viel wie nötig, so wenig wie möglich. Und wenn wir auch die Infrastruktur nachhaltig auf Vordermann bringen, profitieren wir alle. Kluge Investitionen treiben das Wirtschaftswachstum voran – und das wiederum ermöglicht die generationengerechte Rückzahlung der Schulden!“

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Thüringen

tbb Gewerkschaftstag: Landesvorsitzender Frank Schönborn wiedergewählt

Unter dem Motto „Staat. Machen Wir! – Wir. Für Euch.“ hat am 18. und 19. März 2025 in Friedrichroda der VIII. Gewerkschaftstag des tbb beamtenbund und tarifunion thüringen stattgefunden. Frank Schönborn wurde mit deutlicher Mehrheit als Landesvorsitzender wiedergewählt.

„Ich bin leidenschaftlicher Gewerkschaftler und freue mich auf meine zweite Amtsperiode als Landesvorsitzender“, so Frank Schönborn. „Mir ist es wichtig, dass die Beschäftigten im öffentlichen Dienst die Wertschätzung erfahren, die ihnen zusteht. Mein Ziel ist es, mehr Menschen für aktive Gewerkschaftsarbeit zu begeistern. Besonders junge Menschen für den öffentlichen Dienst zu gewinnen und die Ausbildung in den Fokus zu nehmen, gehört zu den wichtigsten Aufgaben der Zukunft.“

In seiner Rede auf der öffentlichen Veranstaltung verwies er zudem auf den Koalitionsvertrag der Landesregierung, den geplanten Stellenabbau sowie die dringende Notwendigkeit

des Bürokratieabbaus zur Entlastung der Beschäftigten. Demnach hat der Regierungsvertrag aus Sicht des tbb wenig konkrete Maßnahmen für einen modernen und leistungsfähigen öffentlichen Dienst enthalten. Daher erwartet der tbb von der neuen Landesregierung, diese Lücke zu schließen und zügig konkrete Schritte einzuleiten, um die bestehenden Herausforderungen zu bewältigen.

Zu Stellvertretern von Schönborn wurden gewählt: Kristin Arnold (vbba), Nicole Siebert (DSTG), Andreas Schiene (BDF) und Tim Reukauf (tlv). Jan Freyer (Vereinigung der Prüfbeamten am Thüringer Rechnungshof) wurde zum Schatzmeister gewählt.

Bayern

Expertenanhörung zur „Öffentlicher Dienst - Nachwuchsinitiative Bayern 2040“

„Wir sind sehr dankbar, dass sich der Landtagsausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes mit der Nachwuchs- und Fachkräfteentwicklung in der Verwaltung so intensiv auseinandersetzt“, so Rainer Nachtigall, Vorsitzender des Bayerischen Beamtenbundes (BBB) am 18. März 2025, angesichts des langen Themenkatalogs, dem sich dort eine Expertenkommission widmen will.

„Der öffentliche Dienst ist Fundament eines funktionierenden Staates. Hier werden motivierte und fachlich kompetente Menschen gebraucht. Für die müssen wir attraktiv sein und ihnen zeigen, was der öffentliche Dienst zu bieten hat“, ergänzte Nachtigall. Denn anders als das Klischee vermuten lassen würden, habe sich in den vergangenen Jahren im öffentlichen Dienst viel getan: Vereinbarkeit von Familie und Beruf, flexible Arbeitszeiten, Berücksichtigung von besonderen Belastungen, wie etwa Pflege von nahen Angehörigen: All das habe seinen Platz in der Ausgestaltung der Arbeits- und Dienstverhältnisse gefunden. Nun gehe es darum, das auch nach außen zu transportieren. „Der Arbeitsplatz ‚öffentlicher Dienst‘ ist weit besser als sein Ruf“, so Nachtigall.

Gleichzeitig dürfe man sich aber auch nicht auf diesen Errungenschaften ausruhen, ergänzt er in Richtung der Dienstherrn und öffentlichen Arbeitgeber. Die Gesellschaft und damit auch die Anforderungen von Fach- und Nachwuchskräften unterliege einem immer schnelleren Wandel. „Darauf müssen wir flexibel und schnell reagieren“, fordert der BBB-Chef. Die finanzielle Ausgestaltung der Arbeitsverhältnisse sei dabei nur ein Bestandteil von vielen. Derzeit würden in den Tarifverhandlungen zum TVöD, die zwar nicht die Landes-, aber sehr wohl die kommunalen Beschäftigten betreffen, neben einer Gehaltsanpassung auch eine zusätzliche Flexibilisierung der Arbeitszeiten gefordert, ebenso wie zusätzliche freie Tage. Genau das seien wichtige Zeichen für potenzielle Beschäftigte.

Sachsen-Anhalt

Einstellungsstopp bei der Landesverwaltung schadet dem Land

Am 19. März 2025 kamen die Mitglieder des Hauptvorstandes des dbb sachsen-anhalt zu ihrer turnusgemäßen Sitzung in Magdeburg zusammen. Kritik gab es erneut an der Personalpolitik des Landes.

„Diese ‚Rasenmähermethode‘, um Personalkosten zu sparen, schadet dem Land mehr als es nützt“, so dbb Landeschef Ulrich Stock

Mit Blick auf die vorerst gescheiterten Tarifverhandlungen mit Bund und Kommunen machte der dbb Landeschef deutlich: „Neben der Lohnerhöhung enthalten unsere Forderungen diverse Ansätze zur Entlastung der noch vorhandenen Beschäftigten. Dass die Kommunen die Demografie komplett verschlafen hat, müssen nun die Beschäftigten ausbaden.“ Die Mitglie-

der des Hauptvorstands betonten die Notwendigkeit struktureller Reformen sowie faire und nachhaltige Lösungen, die den Herausforderungen der kommenden Jahre gerecht werden.

Weitere Themen waren die Notwendigkeit der Novellierung des Laufbahnrechtes, die nicht auskömmlichen Beförderungsmittel, die unendlichen Verzögerungen hinsichtlich der Einführung eines Job-Bikes in der Landesverwaltung sowie die Forderung nach einem modernen Gleichstellungsgesetz.

Schleswig-Holstein

Mutterschutz und Elternzeit: Neuregelungen greifen auch im Beamtenrecht

Das Mutterschutzgesetz gewährleistet ab dem 1. Juni 2025 einen ausgeweiteten Gesundheitsschutz bei Fehlgeburten. Zudem greift ab dem 1. Mai 2025 im Bundeselternzeit- und Elternzeitgesetz eine Vereinfachung für die Beantragung von Elternzeit. Der dbb sh weist darauf hin: Beide Änderungen sind aufgrund entsprechender Regelungen in Schleswig-Holstein auch im Beamtenbereich anzuwenden.

Aus der Schleswig-Holsteinische Mutterschutzverordnung ergibt sich die direkte Anwendung des Mutterschutzgesetzes auch auf Beamtinnen. Aufgrund einer ab Juni geltenden Änderung dieses Gesetzes besteht auch für Frauen, die ab der 13. Schwangerschaftswoche eine

Fehlgeburt erleiden, ein Anspruch auf Mutterschutzfristen. Es gilt ein gestaffeltes Beschäftigungsverbot in Abhängigkeit von der Schwangerschaftswoche: zwischen der 13. und 16.

Schwangerschaftswoche: zwei Wochen, zwischen der 17. und 19. Schwangerschaftswoche: sechs Wochen, ab der 20. Schwangerschaftswoche: acht Wochen. Damit entfällt das bislang gegebenenfalls bestehende Erfordernis einer Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung. Es greift automatisch ein gesetzliches Beschäftigungsverbot. Dieses Beschäftigungsverbot gilt nur dann nicht, wenn sich die Betroffene ausdrücklich zur Arbeit bereit erklärt. So ist auch eine Verkürzung des Beschäftigungsverbotes möglich.

Eine weitere Änderung ergibt sich aus dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG). Danach können Eltern für ab dem 1. Mai geborene oder mit dem Ziel der Adoption angenommene Kinder die Elternzeit auch in

Textform beantragen. Damit ist die rechtsverbindliche Beantragung auch per E-Mail möglich. Das bisherige Schriftformerfordernis entfällt, was eine Vereinfachung der Kommunikation darstellt. Die gesetzlichen Regelungen bezüglich der Elternzeit im BEEG gelten nicht automatisch für Beamtinnen und Beamte. Die Staatskanzlei hat die Änderung jedoch im Wege einer Vorgriffsregelung für anwendbar erklärt, auch wenn die Elternzeitverordnung bisher nicht entsprechend angepasst ist. Die Anpassung dieser maßgebenden Rechtsgrundlage ist jedoch vorgesehen.

Der dbb sh begrüßt die sinnvolle Weiterentwicklung der sozialpolitischen Regelungen.

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

Koalitionsverhandlungen: Zeitenwende in der Inneren Sicherheit gefordert

Die DPoIG hat CDU-Chef Friedrich Merz in einem Schreiben vor weiteren Zugeständnissen an die Sozialdemokratie in den laufenden Koalitionsverhandlungen gewarnt. Asylwende, die Abschaffung des Polizeibeauftragten und massive Investitionen in die Innere Sicherheit müssten jetzt beschlossen werden, sonst komme es zu „Wutausbrüchen“ bei vielen Menschen.

Die CDU müsse bei ihren Versprechungen bleiben, so DPoIG Vorsitzender Rainer Wendt am 20. März 2025 und erklärte: „Es reicht wirklich, viele Kolleginnen und Kollegen sind schon jetzt stocksauer. Es darf keine Abstriche bei der Wende in der Asylpolitik geben. Das gilt ausdrücklich auch bei Zurückweisungen an der Grenze, die auch bei Äußerung eines Asylbegehrens geboten sind. Man muss die Reduzierung der illegalen Zuwanderung nicht nur aufschreiben, sie muss auch vor Ort durchgesetzt werden.“

Weiterhin habe die Union die Abschaffung der vielen „Regierungsbeauftragten“ versprochen, die als teure und überflüssige Posten für Hinterbänkler angesehen, stattdessen Millionen verschlingen und keinen erkennbaren Nutzen bringen würden. Besonders der „Bundespolizeibeauftragte“ müsse abgeschafft werden, da dieser ein gestörtes Verhältnis zu Sicherheitsbehörden insgesamt habe und seine Äußerungen eine ständige Beleidigung der Bundespolizei darstellten. Wendt: „Diese Position ist komplett überflüssig.“

Zudem fordert die DPoIG erhebliche Investitionen in die Innere Sicherheit, die seit Jahrzehnten vernachlässigt werde. Es sei zwar richtig, die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands zu stärken - jedoch nutze dies wenig, wenn es im Land, das verteidigt werden soll, drunter und drüber gehe und innere Unruhen die Gesellschaft destabilisieren, so Wendt.

Der Chef der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft und dbb Vize Heiko Teggatz mahnte massive Anstrengungen zum Schutz kritischer Infrastrukturen an: „Jeder Klimakleber kann mit geringem Aufwand ganze Flughäfen lahmlegen und vor Drohnenattacken ist unsere Infrastruktur völlig ungeschützt! Die Union muss die Zeitenwende bei der Inneren Sicherheit durchsetzen - das muss die klare Bedingung für eine Koalition sein. Die Zeit des ‚politischen Schönwetter‘ in der deutschen Sicherheitspolitik muss jetzt endlich vorbei sein. Die Zeiten sind ernster, als viele Akteure es wahrhaben wollen.“

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

Koalitionsverhandlungen: Investitionen und Innovation erwartet

„Wir brauchen nicht noch mehr Projekte, mit denen in kurzer Zeit mit einem Minimum an Investitionen das ohnehin Erwartete umgesetzt werden soll. Wir brauchen mehr! Wir erwarten, dass mit dem Koalitionsvertrag Mut bewiesen wird, die richtigen Prioritäten zu setzen. Infrastruktur beginnt immer mit Bildung. Sie ist Grundstein aller Berufe und damit Teil der Antwort zur Behebung des Fachkräftemangels und Basis für Wirtschaftswachstum. Das muss sich auch am Investitionsvolumen ablesen lassen“, forderte VBE Chef Gerhard Brand am 18. März 2025 mit Blick auf die aktuell laufenden Koalitionsverhandlungen.

Brand machte mit Blick auf Einzelprojekte deutlich: „Es gibt Herausforderungen im Bildungssystem, die seit Jahrzehnten bestehen und sich beständig zuspitzen. Nach Jahren der Unterfinanzierung nun für drei bis fünf Jahre Geld ins System zu geben, wird kein Problem lösen. Politik scheint der Meinung zu sein, dass es hilft, verbrannte Erde zu löschen. Wir brauchen aber vor allem langfristige und nachhaltige Unterstützung, die früh ansetzt.“

Dreh- und Angelpunkt ist für Brand der akute Fachkräftemangel im Bildungssektor, sei es im frühkindlichen Bereich, unter Lehrkräften oder weiteren pädagogischen Professionen. „Kein einziges zusätzliches Vorhaben wird sich innerhalb der nächsten Jahre umsetzen lassen, wenn nicht massiv Personal gewonnen wird, das dabei unterstützen kann, die vielfältigen Herausforderungen zu schultern. Deshalb muss um mehr Personal geworben werden, das angemessen qualifiziert, kontinuierlich fort- und weitergebildet und gesund gehalten wird.“

Allerdings halte er nichts davon, den Bedarf nur mit Seiteneinsteigenden zu decken: „Davon abgesehen, dass in Bundesländern mit besonders hohen Bedarfen nicht mal mehr ausreichend Personen im Seiteneinstieg gefunden werden, bleibt es bei unserer Positionierung: Der Personalbedarf an Kitas und Schulen sollte mit originär ausgebildeten Lehrkräften gedeckt werden. Die Meldungen, dass seit 2022 die Geburtenrate wieder sinkt, dürfen uns nicht in den nächsten Schweinezyklus bringen. Wir brauchen jede Kraft. Auch in fünf Jahren. Das System hat in den letzten Jahren unter höchstem Druck funktionieren müssen. Das hat viele Lehrkräfte krank gemacht und führt auch dazu, dass mehr als üblich nicht bis zum Regelrenteneintrittsalter im Beruf bleiben. Die in Aussicht stehende Entlastung durch kleinere Lerngruppen, eine Doppelbesetzung oder die Unterstützung von Lehrkräften mit Zusatzqualifikationen wie Deutsch als Zweitsprache sind ein Hoffnungsschimmer!“

Deutscher Philologenverband (DPPhV)

KI-Strategie für Schulen gefordert

Anlässlich der Vorstellung des Konzeptes „Bessere Bildung 2035“ auf der 3. Bildungsministerkonferenz (Bildungs-MK) am 20. und 21. März 2025 in Berlin mahnt der DPPhV konkrete Maßnahmen für die Verbesserung der Leistungen von Schülerinnen und Schülern und für eine Entlastung von Lehrkräften an.

Nötig sei unter anderem die Umsetzung einer diagnoseindizierten, verbindlichen Vorschulförderung unter Abstimmung von Sozial-, Familien- und Kultusministerien in den Ländern, um Kinder bereits vor Schuleintritt auf Schulfähigkeit zu untersuchen und bei Bedarf verbindlich zu fördern. Zudem bedürfe es der Einführung einer verbindlichen Schulartempfehlung für den Besuch der weiterführenden Schulen, um einer Benachteiligung von Kindern aus Elternhäusern mit niedrigem sozio-ökonomischen Status entgegenzuwirken. Erforderlich seien auch gezielte Förderprogramme: sowohl für

benachteiligte Kinder und Jugendliche im Rahmen des Startchancenprogramms als auch Exzellenzförderprogramme für hochleistende Schülerinnen und Schüler.

Eine datenschutzkonforme Bildungs-KI, die auf leistungsfähige Identitätsmanagementsysteme zur informationellen Selbstbestimmung von Schülerinnen und Schülern und ihren Lehrkräften zurückgreift, sei ebenfalls notwendig. Plus: eine KI-Strategie, die die Konsequenzen für den Umgang mit Hochrisiko-KI (EU-AI-Act) in Schulen verantwortungsbewusst reflektiert.

Ferner müsse die „innere“ und „äußere“ Schulfinanzierung geändert werden, um die ungleiche kommunale Schulfinanzierung und ihre negativen Auswirkungen auf Schulbau und Digitalisierung durch Bund und Länder auszugleichen. Nicht zuletzt fordert der DPhV stabile Entlastungsmaßnahmen, Entbürokratisierung und Altersermäßigungen für Lehrkräfte, die gemeinschaftlich von den jeweiligen Finanz- und Kultusministerien in den Ländern getragen werden müssen.

Der für die Bildungs-MK angesetzte Vorschlag der Bildungsministerinnen Stefanie Hubig (SPD, Rheinland-Pfalz), Karin Prien (CDU, Schleswig-Holstein) und Theresa Schopper (Bündnis 90/Die Grünen, Baden-Württemberg) benenne partei- und länderübergreifend konkrete Ziele für die Verbesserung von Schülerleistungen, die bis 2035 erreicht werden sollen. „Eine Beteiligung der Bildungsverbände blieb bisher jedoch aus“, kritisierte die DPhV-Bundesvorsitzende Susanne Lin-Klitzing. „Es wäre aus unserer Sicht klug, rechtzeitig alle an

Schule Beteiligten und die Lehrerverbände einzubeziehen. Angesichts der Veröffentlichung von `Bessere Bildung 2035` im Januar 2025, der Vorstellung dieses Konzepts jetzt auf der dritten Bildungs-MK und der dazu anschließenden Tagung der Wübben-Stiftung am 24. März erscheint uns dies mehr als notwendig! Laut Programm wird die Debatte auch hier nur auf Ebene der Politik und der Wissenschaft geführt, nicht mit den Lehrkräften, Schulleitungen, der Eltern- und Schülerschaft und ihren Vertretungen!“

Lin-Klitzing weiter: „Die Ziele der Kultusministerinnen Prien, Hubig und Schopper, nämlich Bildungsminimum absichern, Bildungsniveau steigern, Leistungsspitze fördern, Bildungsgerechtigkeit stärken und Abschlüsse absichern, unterstützen wir – wenngleich Bildung damit nicht umfassend abgebildet wird und diese Ziele nicht neu sind. Was hingegen neu ist, sind die vorgestellten Wege. Und über diese muss nun debattiert und gegebenenfalls auch gestritten werden.“

Namen und Nachrichten

Die Fachgewerkschaft **DPVKOM** fordert im Vorfeld der voraussichtlich im Mai beginnenden Tarifrunde für die etwa 7.000 Mitarbeitenden am DHL Hub Leipzig deutliche Einkommensverbesserungen. Die wesentlichen Entgeltforderungen lauten: Anhebung aller Entgeltgruppen um 500 Euro als Sockelbetrag (Ost/West-Ausgleich). Darauf basierend eine lineare Erhöhung aller Gehälter um 8 Prozent. Die Beschäftigten in allen Entgeltgruppen sollen eine Sonderzahlung (13. Monatsgehalt) von 100 Prozent eines Monatsgehaltes plus Zuschlägen erhalten. Die Laufzeit des neuen Entgelttarifvertrages soll 12 Monate betragen.

Die DPVKOM Bundesvorsitzende Christina Dahlhaus begründete die Forderungen am 19. März 2025 wie folgt: „Wir haben 35 Jahre nach der Deutschen Einheit immer noch einen großen Unterschied hinsichtlich der Löhne von Beschäftigten im Tarifgeschäft Ost und den Kolleginnen und Kollegen im Tarifgebiet West – obwohl sie die gleichen Tätigkeiten ausüben. Das ist ein Skandal!“ So erhalten die Beschäftigten der DHL Hub Leipzig GmbH am DHL-Luffahrdrehkreuz Leipzig/Halle für die gleiche Arbeit in manchen Entgeltgruppen monatlich bis zu 700 Euro weniger als ihre Kolleginnen und Kollegen im Westen.

Termine:

10. April 2025

Ideencampus

„Von Müdigkeit zur Mitwirkung: Demokratie neu beleben“

Weitere Informationen unter [dbb-jugend.de](https://www.dbb-jugend.de)

28. - 29. April 2025

15. Forum Personalvertretungsrecht

„Beschäftigte und ihre Personalvertretungen im Umbruch“

Weitere Informationen unter www.dbb.de

15. Mai 2025

19. Frauenpolitische Fachtagung

Richtung Zukunft: Frauenrechte stärken und Demokratie bewahren im Kampf gegen Extremismus und Populismus

Weitere Informationen unter [dbb-frauen.de](https://www.dbb-frauen.de)